

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen Vierteljahr M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Jungferstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Jungferstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Abrechnung wird Rabatt gewährt. Berechnungspreis 20 Pf. Inseten müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 288.

Dresden, Montag den 13. Dezember 1909.

20. Jahrg.

Konservativer Delegiertentag.

Die konservative Partei veranstaltete am Sonnabend in Berlin im Weinhaus Rheingold einen Delegiertentag, dessen Zweck ist nach den Schwierigkeiten der letzten Jahre die konservativen Schichten wieder zu sammeln und weiteren Abspaltungen vorzubeugen. Es waren gegen 1200 Personen anwesend, viele bekannte Parteiführer traten auf, um ihre Partei über die bedenkliche Situation hinauszuführen. Die Opposition im eigenen Lager, so zeigte sich, war nur schwach vertreten, nur der Reichsanwalt Dr. Vredereck-Berlin, dem man vorsichtig nur 10 Minuten Redezeit gegeben hatte, ergriff das Wort gegen die Politik seiner Partei bei der Finanzreform. Die Veranstalter des Delegiertentages erzielten also einen „vollen Erfolg“, indem der Chorus ihren Vorlesungen jubelnd zustimmte. Eine ganz andere Frage allerdings ist es, wie die Anhängerschaft im Lande sich zu dieser Partei stellen wird, die sich auch auf diesem Delegiertentage wieder als rocher de bronze (Helix von Bronze) der preussisch-deutschen Reaktion etabliert hat.

Fredereck-Berlin eröffnete die Kundgebung mit einem Ausruf, das er sehr absichtlich in die Worte zuspitzte: „Wir konservativen sind doch die wahren Erben (die letzte Kerngruppe) seiner Majestät, und wenn die Sache hart an hart kommt, sind wir es, die ihm helfen werden.“

Es ist dies übliche Art der Konservativen, dem König und Kaiser höhere Gefahren vorzumalen, um sich ihm als getreue Helfer anzubieten. Der Zweck der Werbung geht natürlich nur dahin, die Verlorren des Herrlichen ganz in der Hand der Reaktionskräfte festzuhalten. Die Konservativen sind die Erben seiner Majestät, so rief seine Majestät das tut, was diese Erben von ihr helfen.

In den folgenden Reden suchten dann Herr v. Mantuffel, Abg. Julius Reich-Wienau und Graf Westarp die Haltung ihrer Partei bei der Finanzreform und gegenüber dem Reichsanwalt Bälou zu rechtfertigen. Es waren dieselben Versuche, die schon häufig in den konservativen Zeitungen unternommen worden sind. Bemerkenswert ist, daß sich die Redner nochmals mit erschütternder Offenherzigkeit gegen die Befassung des Reiches durch direkte Reichssteuern erklärt haben. Graf Westarp sagte:

„Die Gründe, die gegen eine Reichseinkommen- und Reichsvermögensteuer werden, hat in Maßlicher Weise Loband zusammengestellt. Dann wäre es vorbei nicht nur mit der Finanzhoheit, sondern auch mit der Staatshoheit der Einzelstaaten. Wir wollen diese Steuern auch nicht gekürzt sehen unter die Kontrolle des Reichstages, weil wir die Einkommen und Vermögen der Besitzenden nicht einem Parlament anvertrauen wollen, in dem Nichtstunende andersherum darüber verfügen könnten.“

In diesen Reden tritt der große Prinzipienkampf in der Steuerfrage aufs schärfste hervor. So überaus übertrieben es ist zu sagen, daß im Reichstag die Nichtbesitzenden über die Einkommen der Besitzenden verfügen könnten, so klar sind andrerseits die konservativen Steuergrundsätze. Erstens: Nur die Besitzenden sollen über die Einkommen und die Steuerzahlung der Besitzenden verfügen dürfen; zweitens: nur in den Ländern, wo die Besitzenden gefesselt herrschen, soll über Besteuerung beschlossen werden dürfen.

Nicht bedeutungslos war das Auftreten des Dresdner Oberbürgermeisters Dr. Deutler. Dresden ist wohl die einzige deutsche Großstadt, die den eigentümlichen Ruhm besitzt, einen konservativen Parteimann als Obersten Verwaltungskommissar zu haben. Die Ausführungen, die Dr. Deutler auf dem konservativen Delegiertentage machte, zeugen immerhin davon, daß er ein wenig bemerkt, wie unvereinbar seine Stellung in großen städtischen Gemeinwesen und in industriellen Sachverhältnissen mit der Wirklichkeit in der agrarischen Partei ist. Dr. Deutler unternahm den ausführlichen Versuch, die konservative Partei nicht als Partei einer wirtschaftlichen Klasse, nämlich der Oubespessler, sondern als eine Partei erscheinen zu lassen, die mit „allen Berufsgruppen“ Fühlung hält und „für alle“ ein sorgendes Herz besitzt. Insbesondere forderte Dr. Deutler die konservativen Leute auf, den Schein zu meiden, als sei ihre Partei abhängig vom Bund der Landwirte. Auf dem konservativen Delegiertentage herrschte ein wenig Vertrauen über diese eigentümliche Mahnung, aber selbst der Bund der Landwirte wird natürlich Herrn Dr. Deutler keinen Moment ernstlich zürnen, denn er weiß sehr gut, daß es sich lediglich um das taktische Wandern eines gewandten Mannes handelt, der als Oberhaupt einer großen Handels- und Industriestadt die konservativ-agrarische Vorherrschaft etwas zu zurückzuziehen wünscht.

Für weitere Kreise von Interesse ist das kurze Intermezzo der Opposition. Reichsanwalt Vredereck-Berlin führte aus:

„Ich stehe vollständig auf dem Boden der konservativen Partei und des Christentums, ich fühle mich aber genötigt, zu erklären: Es ist eine Schande, daß die konservative Partei im Volke den Anschein erweckt hat, sie vertrete lediglich die Interessen des Großgrundbesitzes. (Stürmisches Oh!) Es ist ferner bedauerlich, daß die konservative Parteileitung den Gedankensatz aufgegeben und sich mit dem Zentrum und den Polen verbunden hat. (Stürmisches Oh! Aufschrei!) Meine Herren! Sie müssen doch eine Richtung in der konservativen Partei für berechtigt halten, die lediglich die Politik verfolgt, die die Parteileitung seit Jahren betrieben und bewußtlos aufgegeben hat. (Stürmisches Unterbrechung.) Durch den Blick ist es gelungen, sämtliche bürgerlichen Parteien zu einigen und die Sozialdemokraten aus der Hälfte ihrer Wähler zu vertreiben (?!), das Zentrum hat aber mindestens 20 Sozialdemokraten in den Reichstag vertrieben. (?!). (Rufe: Die Freisinnigen

auch!) Die Freisinnigen sind erst durch die Haltung der Konservativen vertrieben worden. (Stürmisches Schluß-Rufe.)

Eine große Anzahl Redner trat diesem Kritiker „berühmter“ entgegen. Dr. Klasing-Diesfeld erklärte u. a.:

Es sei sehr bedauerlich, daß eine Anzahl Konservative der konservativen Partei gerade in der jetzigen Zeit in den Rücken falle. Die Freisinnigen haben die Wiederrichtung verfehlt und dadurch den Blick gesprengt; die Konservativen können doch den Freisinnigen nicht etwa nachlaufen. Über die Uneinigkeit der Konservativen, die durch den Vordrängen hervorgehoben werden, werden sich die Gegner freuen. — Reichsanwalt Ulrich (Berlin) äußerte sich in ähnlichem Sinne und warf die Frage auf, ob die Konservativen bei Stichwahlen für die Freisinnigen die Kasernen aus dem Feuer holen sollen, nachdem letztere die Konservativen vielfach im Stich gelassen haben. — Rittergutsbesitzer v. Frege (Wilmannsberg bei Leipzig) führte des längeren aus, daß mit Freisinnigen und Freihändlern eine nationale Politik nicht gemacht werden könne. Dagegen dürfe man niemals vergessen, daß das Zentrum eine christliche Partei sei.

Nachdem Herr v. Heydebrand das Schlußwort gesprochen wurde von der Verlesung eine Erklärung angenommen, die der konservativen Parteileitung und der Reichstagsfraktion volles Vertrauen ausdrückt.

Sehr bemerkenswert ist schließlich auch die sehr ausführliche Tatsache, daß über die brennende Frage der preussischen Wahlrechtsreform von den konservativen Parteiführern kein Wort gesagt wurde. Offenbar wissen sie, daß die preussische Regierung die Absicht hat, doch irgendeine Fiktion vorzubereiten, und sie wollen sich jetzt nicht festlegen. Sie glauben es aber auch nicht nötig zu haben, gegen die Regierung vorzugehen. Sie fühlen sich vielmehr wieder in sehr sicherer Zusammenarbeit mit dem neuen Regiment Bethmann-Pöhlmann. Unsicher fühlen sich die Konservativen nur gegenüber ihrem eigenen bisherigen Anhang, besonders dem städtischen, den sie durch ihre Stellung zu den Steuerfragen schwer verlegt haben. Der Delegiertentag war daher nicht wie sonst manche agrarische und konservative Demonstration, darauf gerichtet, einer Regierung reaktionäre Mahnungen zuzurufen, sondern die Truppen im Lande zu konzentrieren. Diese Aufgabe mag im Weinhaus Rheingold vollbracht sein, soweit es sich um die bloßpartei-getreuen Anhänger handelt. Wie die konservativen Wähler sich abfinden werden, das kann erst die weitere Entwicklung zeigen.

Aus dem Reichstage.

Die Fortsetzung der Staatsdebatte am Sonnabend brachte zuerst das Auftreten Liebermanns v. Sonnenberg, der ein bisshin allerschwäch geworden ist und den antihemischen Anhang längst nicht mehr in so erhellender Weise betreibt wie früher. Die allgemeine Unachtsamkeit des Sonnabendlich schwach besetzten Hauses bewirkte, daß die übliche Aufforderung zum Staatsrecht so gut wie unbeachtet blieb, die der Jubelstifter in seine sonst sehr trockene Rede einflößt. Er forderte für den Fall einer sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit den Rücktritt der Regierung des letzten Österreich von Serbien und des Don Carlos von Portugal zu wandeln.

Dann kam der Zentrumsdirektor Gröber heran und stellte alle seine bisherigen Leistungen durch einen begeisterten Hymnus in den Schatten, den er auf die Hinrichtung Herrers anstimmte. Der frenetische Jubel der schwarzen Zentrumskräfte, in den sich die stürmische Zustimmung der Antihemiten und der paar anwesenden Konservativen mischte, bewies, daß der Geist der Inquisition und der Orgelrichter immer noch leider mächtig genug in Deutschland liebt. Nicht häufig war es, daß sich Herr Gröber auf den früheren Bismardialalen, den jetzt zur Abwechslung einmal zum Zentrum übergetretenen Herrn Harden, bezieht. Wenn Herr Gröber meint, mit dieser Verungung auf den Verdruß der brutalen Manneskraft des Janusgötters irgendwo Eindruck zu machen, dann irrt er sich. Die Reithose Gardens, immer das Gegenteil von dem zu sagen, was die öffentliche Meinung sagt, steht nur noch bei den unbedachtigsten Zustimmenden des Tiergartenvereins. Weit bedeutsamer als diese höchst überflüssige Verungung auf Harden war die versteckte Andeutung Gröbers, seine Partei sei eventuell für ein kleines Sozialisten- oder Umsturzgesetz zu haben. Nur so weiter. Uns kann's nur recht sein, wenn der famose Zentrumsdemokrat aus dem Schwabenlande selbst berichtet, was etwa noch übrig sein sollte vom demokratischen Nimbus der Pfaffenpartei.

Nur im Vorübergehen brauchen erwähnt werden die Rede des Exfraktionkollegen Bruns, des Herrn Zimmermann, und die an sich nicht verdienstlosen Erwiderungen des Reichsparteilers Pöhlmann und des Staatssekretärs v. Schöen auf alldeutsche Anhangsreden. Schließlich leistete der Nationalliberale Heinze einen echt preussischen Wahlrechtssturz im Reichstage, belaudete aber zugleich deutlich, daß seine Partei auch für Preußen höchstens eine stunde lang auf diesem Gebiete zugehen will. Er wünschte die Fortführung der Sozialpolitik, ohne zu definieren, daß seine Partei irgend etwas Ernsthaftes tun wolle, um wirklich etwas zu erreichen. Herr Heinze steht im Ruf „Nationalliberaler“ zu sein, und doch war seine Rede erfüllt von törichten Ausführungen gegen die Sozialdemokratie — das macht uns weiter nichts! — Rechten, die er doch angeblich bekämpfen will. Schließlich brachte Abg. Heinze es noch fertig, was in dieser Debatte noch kein konservativer Redner fertig gebracht hatte, die Rationier

Maßregelungen zu verteidigen. Diese liberale Rede erregte selbst den Unwillen der sanftmütigsten Freisinnigen. Am Montag geht die Staatsberatung weiter.

Julius-Fürmer und Nationalliberale.

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstages kam der nationalliberale Abg. Heinze auch auf die Ausführungen zu sprechen, die unser Parteigenosse Scheidemann am Tage zuvor über das Verhältnis der Interessenverbände zu den politischen Parteien gemacht hatte, und legte in erregter Tone Verwahrung dagegen ein, daß man die nationalliberale Partei in Verbindung mit etwas bringt, was man als „moralische Pest“ bezeichnen. Die Behauptungen, die da aufgestellt werden, ließen geradezu darauf hinaus, daß sich die nationalliberalen Abgeordneten lauten ließen, und dagegen müsse er mit Entrüstung protestieren.

Die Entrüstung des Herrn Heinze geht aber durchaus am wirklichen Zustand vorbei. Weder Scheidemann noch die sozialdemokratische Presse, die sich mit diesen Dingen wiederholt beschäftigt, hat nationalliberale Abgeordnete der Richtigkeit gelehrt. Sondern die Art, wie die kapitalistischen Interessenverbände, namentlich der Zentralverband mit dem Gewicht seines Geldsacks auf ganze politische Organisationen drücken und wie man seine Agenten in die bürgerlichen Fraktionen des Reichstages einschmuggeln versteht, ist moralisch gebrandmarkt worden und auf sie hat der sozialdemokratische Redner die Bezeichnung „moralische Pest“ angewendet. Auch ist es nicht der Sozialdemokrat Scheidemann, sondern der Zentralverband der Industriellen, der die nahe Verbindung seiner Gelder gerade mit der nationalliberalen Fraktion behauptet hat.

Die Entrüstung des Herrn Heinze ist aber auch schon um deswillen sehr eigenartig, weil er doch recht gut weiß, daß seine Partei bei den Wahlen von 1907 die Wahlgelder des Herrn v. Bälou empfangen hat, die von Industriellen und kommerziellen Kapitalisten gespendet worden waren. Der Abgeordnete Heinze leidet wohl überhaupt an dem Triebe, sich persönlich als den wohlhabendsten Politiker hinstellen zu lassen, während er doch weiß, daß bei der Reichstagswahl geschah, was ihm nicht in seiner nächsten Nähe ihm politische Hilfe durch die stärksten Wachsenhalten geleistet wird.

In Hannover ist neulich Herr Noels, ein schneidiger Redner der zentralverbändlerischen Julius-Fürmer-Debatte, in einer Resolution für einen Parteischied erklärt und aus dem nationalliberalen Provinzialparlament hinausgeworfen worden. Aus diesem Vorgang könnte auch Herr Heinze ersehen, daß die Berufschuldungen des sozialdemokratischen Presses und den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners im Reichstag sehr notwendig gewesen sind.

Das Ministerium Sonnino.

Von unserem Korrespondenten.

Rom, 10. Dezember.

Id. Sonnino, den Gotti selbst als den geeigneten Nachfolger bezeichnet hat, bildet das neue Ministerium. Ausgemacht durch die Erfahrung vom vorigen Male hat er diesmal keine Stütze auf der äußersten Linken gesucht, sondern vielmehr in der Mehrheit des Ministeriums Giolitti selbst Anknüpfung gefunden. So läßt das neue Kabinett die beiden äußersten Flügel der Kammer, die Merkmalen auf der einen und die äußerste Linke auf der anderen Seite, aus dem Spiele, um sich auf die Rechte, das Zentrum (Sonniniano), die konstitutionellen Demokraten (Erganardellianer) und auf diejenigen der bisherigen Mehrheit zu stützen, die die Giolittianer, Bertolo und Dones als Mitglieder einbringen. Mit Recht sagt der Quack, daß man die politische Farbe des Kabinetts Sonnino klar definieren könne.

In der Tat ist das neue Ministerium noch der formalen Momentatur der Kammer ein gut Teil reaktionärer, weil mehr Elemente der Rechten und des Zentrums umfänglich als das Kabinett Giolitti. Dessen ungeachtet könnte Sonnino, wenn er die Stimmung der Bevölkerung versteht, eine soziale Reform-Acta einweisen, die der „liberale“ Giolitti fünf Jahre lang verheißt hat, ohne sie je zu verwirklichen. Aber es liegt ebensogut im Bereiche der Möglichkeit, daß das neue Kabinett im alten Sinne fortwähret; wird doch keine Mehrheit der vorigen ungeheuer ähnlich sehen und also den Druck und die Hemmung ihrer Programmlosigkeit und Trägheit beständig geltend machen.

Was die Haltung der Sozialisten betrifft, so wird sie natürlich von den Beschlußfassungen der Parteifraktion abhängen. Die Unterstützung eines Kabinetts ist durch die Entscheidungen des letzten Florentiner Parteitag der italienischen Parlamentsfraktion unter gewissen Bedingungen freigestellt. Schon einmal hat die Parteifraktion sich bereit erklärt, für Sonnino zu stimmen, als er sein erstes Kabinett unter Mitwirkung der äußersten Linken gebildet hatte. Damals hatte die Fraktion keine Gelegenheit, ihre Bereitwilligkeit durch ein Votum in der Kammer zu dokumentieren. Das Ministerium trat zurück, ohne auch nur eine Abstimmung abzuwarten. Opfer der Unentschiedenheit und Ungeklärtheit des Ministerpräsidenten und des inneren Zwiepalts, der sich aus seiner Zusammenlegung ergab. Heute sollte dieser innere Zwiepalts nicht mehr vorliegen. Nicht die Zusammenlegung, die Latet werden für die Haltung der Parlamentsfraktion unserer Partei